

**Gerhards, Jürgen: Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Otfried Jarren / Friedrich Krotz (Hrsg.): Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen, 1998, S. 25-48**

- Begriff „Öffentlichkeit“ (Ö.) erst im 18. Jh. aus Adjektiv „öffentlich“ gebildet – von Beginn an mit Forderung nach Ö. staatl. Belange u. Demokratisierung der Gesell. verbunden – Semantik des Begriffs Ö. ist Produkt der Aufklärung u. hatte von Anfang an neben deskriptiver Bedeutung auch normatives Element: Dinge des Staates sollen Allg.heit zugänglich sein, sollen an Meinungen der Bürger gebunden werden
- Theorien von Ö. i.d.R. verbunden mit Theorien der Demokratie – Ö. bezeichnet daher v.a. polit. Ö. (weniger eine Kunst-, Wissenschafts-, WirtschaftsÖ.)
- Ö. ist auf auf normative Fragen bezogen, wie Ö. beschaffen sein soll u. nach welchen Kriterien man Güte von Ö. beurteilen kann
- Zwei als Idealtypen beschreibbare Konzeptionen von Ö.: liberale u. republikanisch-diskursive Vorstellung von Ö. – beide sind normativ
- Beide Konzepte diskutieren Funktion von Ö. innerhalb einer Modellvorstellung von Demokratie u. beide gehen von ähnlichem Modell des demokrat. Prozesses aus
- Demokratie ist Volksherrschaft – bei Flächenstaaten aber Unterscheidung in Herrschaftsträger u. Herrschaftsunterworfenen nötig (keine direkte Demokratie), obwohl offiziell Volksherrschaft – repräsentative Demokratien: Delegation von Herrschaftsmöglichkeiten auf Zeit
- Strukturprinzip repräsentativer Demokratien: Existenz einer polit. Ö.: Vermittlung zw. Herrschaftsträgern (im folgenden kurz Herrscher genannt ) u. Herrschaftsunterworfenen (Beherrschte) über öffentl. Komm. (erst Auskunft über Wünsche der Bürger u. Programme der Politiker, lässt Herrscher u. Beherrschte erst richtig handeln/ wählen)
- Die skizzierte Vorstellung von Ö. haben beide Konzeptionen von Ö. – Unterschiede in den Ansprüchen an öffentl. Komm: liberales Modell weniger anspruchsvoll, diskursives Modell umschließt in vielen Kriterien liberale Konzeption, geht jedoch darüber hinaus

**Das diskursiv-republikanische Öffentlichkeitsmodell**

- Am ausgefeiltesten von Jürgen Habermas (H.) entwickelt (1962: „Strukturwandel der Öffentlichkeit“)
- H. unterscheidet zw. Zentrum u. Peripherie des polit. Systems
  - Zentrum: Exekutive, Legislative, Gerichtswesen, Parteien
  - Peripherie: von ihr aus werden Interessen u. Themen definiert; unterteilt in versch. Akteursgruppen – (a) Bürger als individuelle Akteure, die Herrscher wählen u. entscheidenden Einfluss auf Entscheidungen der Herrscher haben sollen – (b) kollektive Akteure der Zivilgesellschaft – (c) vermachtete Akteure der Peripherie
- (b) sind spontan entstandene Vereinigungen u. Orgs u. soziale Bewegungen – offene u. egalitäre Org.from, bürgernah, vertreten universelle Interessen
- (c) große Interessengruppen u. Verbände, Gewerkschaften, Unternehmerverbände – professionelle Org.struktur – vertreten Partikularinteressen
- Ö. ist intermediärer Bereich zw. Zentrum u. Peripherie, kommunikativer Raum (öffentl. Veranstaltungen, Interaktionen zw. Menschen, Massenmedien (Mm))
- Demokrat. Willensbildung: Willensbildungsprozesse (Wb.) startet in Peripherie, indem (b) o. (c) (kollektive Akteure) Interessen der Bürger in Ö. artikulieren – von Parteien aufgegriffen u. implementiert (als Gesetze) – nur so ist repräsentative Demokratie die Herrschaft aller
- Aus pragmatischen Gründen können nicht alle Entscheidungen an Wb. der Peripherie u. an öffentl. Komm. gekoppelt werden – größter Teil der polit. Entscheidungen geht im

Zentrum ohne Input aus Peripherie vor sich – entscheidend ist, dass im Konfliktfall Rückkopplung an Wb. in Peripherie u. an öffentl. Komm. möglich ist

- Je nachdem, wer u. wie in Ö. diskutiert wird: *autochthone* u. *vermachtete* Ö. – Kriterien für Unterscheidung (x), (y), (z)
- (x) *wer kommuniziert?* – autochthone Ö. unterscheidet sich von vermachteter, in welcher Repräsentanz die einzelnen Akteure zu Wort kommen – in autochthoner dominieren Akteure der Peripherie u. dort (a) u. (b) – vermachtete Ö. dominiert von Akteuren des Zentrums o. von vermachteten Akteuren der Peripherie (greifen Diskussion auf Inputseite vorweg u. besorgen sich mit ihren eigenen Beiträgen Legitimation, die sie brauchen)
- diskursives Modell plädiert für Dominanz von (a) u. (b) in Ö., vermachtete Ö. führe nicht zu authentischer Willensbildung
- (y) *Wie soll kommuniziert werden?* – Diskussion in argumentativer Form: Forderungen mit nachvollziehbaren Gründen legitimiert, Abwägung mit anderen Forderungen u. Gründen, keine rhetorischen Tricks → erst dies verdiene Namen „Diskurs“ – in autochthoner Ö. hohes, in vermachteter niedriges Rationalitätsniveau, weil:
- Diskursniveau stark durch Kommunikator bestimmt – (a) u. (b) sind frei, Entscheidungen fallen zu müssen u. frei von ideologischen Einengungen – macht sie frei, Geltungsgründe von zur Diskussion stehenden normativen Fragen zu prüfen – Akteure des Zentrums hingegen eingespannt in Restriktionen ihrer Rollendefinitionen u. Ideologien, nicht frei von Zwängen, was freies Reden u. Prüfung von Normen auf ihre Legitimität verhindert
- (z) *Welche Effekte ergeben sich aus den Kommunikationen?* – am Ende des Diskurses einer autochthonen Ö.: diskursiv geprüfter Konsens, zumindest diskursiv abgeschliffene Mehrheitsmeinung – Positionen sich in Diskussionen angenähert, bessere Argumente sich durchgesetzt – Übereinstimmung zw. Akteuren zumindest gestiegen – am Ende einer Diskussion einer vermachteten Ö.: administrativ erzeugte Meinung, beschaffte Massenloyalität für Entscheidung des Zentrums durch das Zentrum
- diskursiv hergestellte Konsense: können Anspruch erheben, legitimierte Entscheidungen zu sein – in autochthoner Ö. wirken diskursive Verfahren gemeinschaftsbildend, da Bürger durch Erfahren der Mitbestimmung Identifikation mit Gesellschaft entwickeln

### Das liberale Öffentlichkeitsmodell

- theoretische Bezugspunkte: systemtheoretische Überlegungen zu Ö. u. Mm. Sowie Konzepte liberaler Demokratietheorie
- Unterschiede zu diskursivem Konzept beziehen sich v.a. auf Gütekriterien des öffentl. Diskurses (x), (y), (z), nicht auf Paradox der Herstellung von Volksherrschaft trotz Ausdifferenzierung in Herrscher u. Beherrschte, auch nicht auf Bestimmung von Zentrum u. Peripherie
- Zu (x): auch hier gilt: Ö. soll für alle Bürger zugänglich sein – dauerhafte Beteiligung aller jedoch nicht wünschenswert u. utopisch – deshalb repräsentative Ö.: institutionelle Möglichkeit der Teilnahme kollektiver Akteure, die Interessen der Bürger vertreten
- Stärke der Repräsentanz der kollektiven Akteure soll Stärke der Interessenlagen der Bürger widerspiegeln – liberale Ö.theorie kennt als gerechtestes Verfahren der Interessenabbildung die Wahl – (one man, one vote) – kollektive Akteure, die durch Wahlen legitimiert, haben besondere Legitimation der Ö. – Stärke des Zentrums in Ö. ist nicht schlecht (wie nach Habermas), sondern Ausdruck einer demokrat. Ö.
- Zu (y): Bürger finden über Parteien u. Interessengruppen Zugang zum Zentrum – demokrat. Ö. bedeutet, dass heterogene Individualwillen, repräsentiert durch kollektive Akteure, Komm.chance erhalten – wie sie kommunizieren, ist egal (Rationalitätsniveau), es geht nur darum, dass versch. Positionen Marktchance erhalten u. von anderen Bürgern u. Akteuren beobachtbar werden – Ö. ist so der Spiegel der kommunizierten Beiträge

- Weil kein Kriterium, das normative Fragen entscheidbar u. best. Kommunikationen gut o. schlecht macht, gilt: andere Akteure mit ihren jeweil. Positionen sind zu respektieren
- Zu (z): durch Diskurs erreichter Konsens/ Mehrheitsmeinung, kann keine besondere Legitimation reklamieren – der öffentlich aggregierte Gesamtwille ergibt sich nicht aus Diskurs, sondern aus Aggregation der Individualmeinungen – Qualitätskriterien zur Beurteilung der öffentl. Äußerungen abgelehnt
- Im Folgenden Bezug der beiden Ö.smodelle auf Medienbedingungen in der BRD:

### Diskursive und liberale Öffentlichkeit unter gegenwärtigen Medienbedingungen

- Theorien der Ö. verstehen unter Ö. politische Ö. – Gerhards versteht im Folgenden darunter mediale Ö. (unter polit. Ö. versteht er die Berichterstattung über Politik in Mm., exemplarisch im Fernsehen)
- In Hinblick auf Medienbedingungen drei Phasen der Medienentwicklung – in jeder Phase fragen, inwieweit ihre Medienbedingungen eher für liberales o. für diskursives Modell von Ö. sprechen

### **1. Ausdehnung der Inklusion aller Bürger in die fernsehmediale politische Öffentlichkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten**

- Erste Phase der Fernsehentwicklung reich von 1954-84, bereits 1974 95% der Haushalte mit Fernsehern versorgt, über 2/3 der Bürger informieren sich tägl. via TV über Politik – mediale polit. Ö. zu diesem Zeitpunkt nahezu von jedem Staatsbürger tägl. wahrgenommen – Herstellung einer demokrat. Ö. erreicht und somit Verwirklichung eines der Kriterien von Ö., wie sowohl im liberalen, als auch im diskursiven Modell formuliert – nach W. Schulz mit Expansion des TV auch Steigerung des Interesses an Politik bei der Bev.
- Einführung u. Ausdehnung des TV mit drei für beide Ö.smodelle relevanten Folgen verbunden, die alle gegen das diskursive u. für das liberale Modell sprechen:
- (I) Diskurs aller Bürger in Mm. nicht möglich, weil dies zu Überlastung der Mm. führen würde – anspruchsvolle Kommunikation im Diskurs fordert auch wechselseitige Bezugnahme der Komm.partner – dies ermöglichen Mm. nicht bzw. kaum – Mm. kommunizieren einseitig von Akteuren, über Medien an Publikum – Publikum kann kaum differenziert auf Medienverlautbarungen reagieren: es bleibt nur abschalten, nicht kaufen („Exit-Option“) – diese Botschaft für Komm.partner Medien schwer zu entschlüsseln, da Motive des Abschaltens (welcher kommunikative Beitrag wurde negativ aufgenommen?) unklar – Mm. können auf Abwendung des Publikums nur verzögert reagieren, weil Mediennutzungsdaten erst zeitverzögert vorliegen
- (II) Ausdehnung des Publikums wird möglich mit Verringerung der Chance auf wechselseitige Kommunikation (beides ist nicht mit demselben Medium zu realisieren) – diskursives Modell fordert beides und überfordert sich so selbst, indem Wertezielkonflikt zum Bestandteil des eigenen Modells gemacht – liberales Modell adäquater: fordert Inklusion aller Bürger in die Kommunikation, normative Forderungen an die Kommunikation werden nicht gestellt
- (III) Habermas: autochthone Ö. argumentiert auf höherem Rationalitätsniveau: diese Annahme von Gerhards empirisch mit einer Inhaltsanalyse zur Abtreibungsdebatte empirisch widerlegt (gerade Akteure der (zivilgesellschaftlichen) Peripherie) hatten weniger Begründungen für ihre Positionen und kommunizierten auf geringerem Niveau als andere Akteure

### **2. Die Dualisierung der Fernsehstruktur**

- weiterhin fast alle Bürger via TV an der politischen Ö. partizipierend – an Einwänden gegen das diskursive Ö.smodell ändert sich nichts – es kommen aber andere Faktoren hinzu, denn Dualisierung heißt, dass TV-Angebot durch ö-r u. private Anbieter gleichzeitig in untersch. Medienformaten offeriert wird
- Dualisierung führt zu Angebotsvergrößerung – Bürger entscheiden selbst, welche Medien/ Programme sie wählen – Medien sind auf eine Form der Selektion angewiesen, weil sie nicht einfach Komplexität der Welt abbilden können – hier kommen Nachrichtenwertfaktoren als wichtiger Faktor in Selektion von Nachrichten ins Spiel – Aufmerksamkeit muss v.a. unter Konkurrenzbedingungen erst erzeugt werden – N.wertfaktoren sind Elemente von Informationen, die die Aufmerksamkeit des Publikums sichern
- Sind N.wertfaktoren (Nwf.) normativ legitimierbare Selektionskriterien? – liberales Ö.skonzept: ja, da Orientierung an Nwf. ist letztlich Orientierung an Publikumsvorlieben
- Orientierung an Nwf. im privaten Rundfunk verstärkt, weil diese unmittelbar vom nachfragenden Publikum abhängig sind (Einschaltquote → Profite) – Auswirkungen für polit. Sendungen: massenmediale Darstellung von Politik, in Sozial-, Zeit-, Sachdimension verdichteter, komplexe Sachverhalte simplifizierter präsentiert (jeweils im Vgl. zu ö-r Sendern), Negativismus u. Konflikthaftigkeit
- Für welche Selektionskriterien spricht man sich mit welcher Begründung aus? – aus Perspektive des liberalen Ö.smodells: Orientierung an Nwf. bedeutet Orientierung an Präferenzen der Bürger als einzig legitimiertem Bezugspunkt einer polit. Ö. – Perspektive des diskursiven Ö.smodells: Verlust an Diskursniveau einer polit. Ö.
- Gerhards: sieht keine gute Begründungen für eine Legitimationskontrolle von Institutionen u. Prinzipien, die nicht auf die Bürger als letzte Instanz der Entscheidung u. Legitimation zurückgreifen [ich: wer sagt denn, dass die Bürger die Folgen ihrer Präferenz einer verkürzten Politikdarstellung abschätzen können? – das liberale Modell stellt Idioten u. Genies in ihrer Bedeutung für die Demokratie auf eine Ebene]

### 3. Individualisierung der Massenmedienkommunikation

- Dritte Phase der Medienentwicklung seit Beginn der 90er: Phase der Individualisierung massenmedialer Komm. – Entwicklung hin zu Multimediakommunikation
- Multimedia: bisher getrennte Komm.techniken miteinander verschmolzen – digitale Übertragung – bedarf rechtlicher Deregulierung des Telekomm.marktes – mit dieser Entwicklung sind zwei Folgen verbunden:
- (I) Veränderungen der traditionellen Massenkommunikation
  - (i) höheres Programmangebot durch Kapazitätserweiterung
  - (ii) Erhöhung der Wahlmöglichkeiten des Zuschauers (nach dem Premiere-Muster)
  - (iii) Wechsel des Mediums (z.B. Zeitung im Internet)
- (II) Erweiterung von interaktiven Kommunikationen
  - durch Vernetzung Teleshopping, Homebanking, E-Mail, Telearbeit, ...
- Folgen dieser Veränderungen für politische Ö. im Folgenden:

#### 3.1. Veränderungen der traditionellen Massenkommunikation und die Folgen für eine polit. Ö.

- Multimediaentwicklung kann im Hinblick auf mediale polit. Ö. zu folgenden Veränderungen führen:
  - (i) Flexibilität bzgl. Zeitpunkt, zu dem Bürger an polit. Ö. partizipieren (sich Nachrichten anschauen)
  - (ii) Flexibilität bzgl. Themenauswahl der polit. Ö. u. der Suböffentlichkeiten: z.B. nationale o. Wirtschaftsnachrichten

- (iii) Flexibilität bzgl. Tiefe der Betrachtung
- Befürchtung: Individualisierung der Komm. führt zu Fragmentierung der Ö. in Vielzahl von Öffentlichkeiten, so dass relevante Themen nicht mehr im Horizont eines Publikums diskutiert werden
- Mm. sind Vermittlungssystem zw. Peripherie u. Zentrum des polit. Systems – was medial vermittelt wird, ist in erster Linie extramedial induziert (zu 95% - v.a. aus polit. System – empirisch von Gerhards in Inhaltsanalyse der Abtreibungsdebatte nachgewiesen) – die Sprecher der extramedial induzierten Aussagen kommen ebenfalls v.a. aus dem polit. System (zu 78 %) , zu 22 % sind es Journalisten, die zu Wort kommen
- Was massenmedial an polit. Geschehen beobachtbar ist, ist v.a. extramedial bedingt – wenn sich die Medien verändern, heißt das also nicht, dass sich automatisch die Inhalte der Medienberichterstattung ändern – die Bürger können also auf untersch. Kanälen gleiches sehen, solange extramediale Induzierung der Medien – eine gemeinsame Ö. bleibt also erhalten – Flexibilität (s.o. 3.1.) bedeutet zeitlich kurzfristige Fragmentierung des Publikums, nicht aber, dass Menschen in untersch. polit. Welten leben, solange das polit. System sich nicht fragmentiert

### 3.2. Erweiterung von interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten

- E-Mail u. Selbstdarstellung im Netz erhöht Möglichkeit der unmittelbaren Komm. zw. Bürger u. polit. Entscheidungsträgern – bilaterale, nicht öffentliche Komm, da nicht im Horizont eines beobachtenden Publikums
- Elektronische Komm. ermöglicht auch Konstitution von neuen öffentl. Diskussionsforen (im Ggs. zu bisher bekannten Ebenen von Ö. von Interaktion zw. Anwesenden bis hin zu org. massenmedialer Ö.), z.B. Internet-Foren, virtuelle InteraktionsÖ.en (raumunabhängig, Person physisch nicht anwesend, dennoch wechselseitige Bezugnahme der Komm.partner aufeinander möglich)
- Mit Erhöhung der techn. Partizipationsmöglichkeiten zugleich Erhöhung des faktischen Partizipationsverhaltens („Digital Democracy“)? – Gerhards: ist realitätsfern – auch wenn zumindest materielle Kosten einer E-Mail geringer als die eines Briefes, bleiben Zeitkosten u. der erwartete geringe Effekt der eigenen Meinungsäußerung – Mm. werden also auch in Zukunft die relevante Ö.sarena darstellen

### Schlussbetrachtung

- Theoret. Konzeptionen von Ö. einerseits u. Analyse von Medienbedingungen andererseits in untersch. Wissenschaften verhandelt – beides zu verbinden, ist schwierig, aber es scheint sich gelohnt zu haben, da in Medienwissenschaften oft Präsentation von Politik im (privaten) TV kritisiert, ohne dass Gütekriterien der Kritik expliziert
- Gerhards sieht die Tradition u. Begründungen einer liberalen Ö. als plausibler an, als die diskursiven Vorstellungen von Ö.